



an

DEN EINWOHNERRAT EMMEN

01/12 Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat hat an der Sitzung des Einwohnerrates vom 5. Mai 1998 seine Absicht bekannt gegeben, in Zukunft jedes Jahr eine Abschreibungsbotschaft an der ersten Sitzung des Jahres dem Einwohnerrat vorzulegen, damit diejenigen Vorstösse, die erledigt sind oder deren Erledigung definitiv eingeleitet ist, aber nicht zusammen mit einem Bericht und Antrag des Gemeinderates abgeschrieben werden können, ebenfalls zur Abschreibung vorgeschlagen werden können. Dieses Vorgehen wurde auch von der Ratsbetriebseffizienzsteigerungskommission unterstützt und in den Jahren 1999 bis 2010 bereits durchgeführt.

Unter Bezugnahme auf Art. 78 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Emmen vom 4. Juli 2000 und unter Berücksichtigung der Anregungen des Einwohnerrates vom 5. Mai 1998 unterbreiten wir Ihnen folgenden Bericht und Antrag zu den überwiesenen Motionen und Postulaten:

1. Antrag auf Abschreibung der nachstehenden parlamentarischen Vorstösse

17/96 Postulat Lucia Amberg und Peter Lerch vom 17. April 1996 betreffend Technopark in der Emmenweid

Die gemeindeeigenen Liegenschaften in der Emmenweid wurden im Jahr 2008 veräussert. Seither findet dort nun eine vielfältige Entwicklung statt, wie Lichtgalerie, Eventhalle und Viscosebar zeigen. Die neuen Aktivitäten im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts Luzern Nord mit Seetalplatz (Masterplan Seetalplatz und Masterplan Monosuisse) haben Ausstrahlung auf das Gebiet Emmenweid. Zurzeit ist ein breit abgestützter Studienwettbewerb über das Gebiet Emmenweid in Vorbereitung, welcher bis Herbst 2012 abgeschlossen sein wird. Ziel ist ein verbindlicher Masterplan, analog Monosuisse, welcher die langfristige Entwicklung der Emmenweid aufzeigt. Der Gemeinderat ist im Planungsprozess involviert und vertritt die Interessen der Gemeinde Emmen.

35/99 Postulat Peter Wild, Kurt Camenzind und Rolf Born vom 15. September 1999 betreffend Umfahrung Emmen-Dorf

Im Rahmen der Behandlung des Bebauungsplans und der Zonenplanänderung Meierhof wurde dieses Anliegen bekanntlich aufgenommen. Der Gemeinderat hat aus eigener Initiative ein Vorprojekt mit Varianten einer möglichen Umfahrung Emmen Dorf erstellen lassen. Dieses Projekt ist nach wie vor im Agglomerationsprogramm der Agglomeration Luzern enthalten. Es ist auch nach wie vor im Topf C des kantonalen Strassenbauprogramms enthalten. Die Eröffnung des Vollanschlusses A14 in Buchrain Mitte 2011 sollte gemäss Prognosen zu einer markanten Verkehrsentslastung auf der Seetalstrasse im Bereich Emmen-Dorf führen. Die Ergebnisse sind abzuwarten. Mit der am 15. November 2011 überwiesenen Motion 52/11 betreffend Planung der Umfahrung Emmen Dorf wird das Postulat 35/99 abgelöst und ist somit erledigt.

37/03 Motion Nadia Schulze und MitunterzeichnerInnen vom 4. September 2003 betreffend Sanierung/Erweiterung Herdschwand

Die Betagtenzentren Emmen AG (BZE AG) beabsichtigt, im Emmen Dorf („Emmenfeld“) ein neues Betagtenzentrum zu bauen. Die Studienaufträge sind abgeschlossen und der Verwaltungsrat hat an der Sitzung vom 9. Dezember 2011 ein Projekt zur weiteren Bearbeitung bestimmt. Die weitere Planung sieht 2013 den Baubeginn und gegen Ende 2014 die Inbetriebnahme am neuen Standort vor. Den bisherigen Standort Herdschwand wollen die Gemeinde Emmen als Landbesitzerin und die BZE AG als Baurechtsnehmerin und Gebäudebesitzerin gemeinsam einer quartiergerechten, hochwertigen Umnutzung zuführen. Der mit der Motion erteilte Auftrag ist damit erfüllt.

04/04 Motion Ernst Widmer, Kurt Risi und Roland Huber namens der FDP Fraktion vom 9. Februar 2004 betreffend keine neuen Einkaufszentren ohne neue Autobahnan-schlüsse

Die Forderung, wonach keine weiteren verkehrsintensiven Betriebe in und rund um Emmen erstellt werden sollen, ist Teil der Revision der Ortsplanung (Arbeitszonen) und wurde am 5. Juli 2011 vom Einwohnerrat in der 1. Lesung behandelt. Zwischenzeitlich fanden die öffentliche Auflage sowie alle Einsprache-verhandlungen statt. Die 2. Lesung im Einwohnerrat ist am 7. Februar 2012.

12/08 Postulat Hanspeter Hagmann namens der SVP Fraktion vom 19. Februar 2008 betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrsentslastung in Emmen Dorf

Die Eröffnung des Vollanschlusses A14 in Buchrain Mitte 2011 sollte gemäss Prognosen zu einer Verkehrsentslastung auf der Seetalstrasse führen. Dieser an und für sich erfreuliche Umstand verstärkt den Druck auf die baldige Realisierung der Umfahrung Emmen-Dorf keinesfalls. Bezüglich der Prüfung eines LKW Fahrverbots in Emmen Dorf hatte die Direktion Bau und Umwelt mit dem Kantonsingenieur Rolf Bätting im September 2009 eine Besprechung. Der Kanton sieht keinen Handlungsspielraum und auch keine Veranlassung, auf der Seetalstrasse über eine Beschränkung des LKW Verkehrs oder ein LKW Fahrverbot, wie im Postulat gefordert, näher zu prüfen. Mit ersten Firmen auf der Achse Waldibrücke – See-

talplatz wurden im Rahmen des Mobilitätsmanagements Gespräche geführt. Im Jahr 2012 sind seitens Kantons weitere Aktionen im Bereich „Mobilitätsmanagement in Unternehmen“ geplant. Der Gemeinderat unterstützt diese Aktionen und sieht die Sensibilisierung der Firmen bezüglich Verkehrs als ständige Aufgabe. Mit der am 15. November 2011 überwiesenen Motion 52/11 betreffend Planung der Umfahrung Emmen Dorf wird das Postulat abgelöst und ist somit erledigt.

29/08 Postulat Josef Schmidli namens der CVP Fraktion vom 6. April 2008 betreffend unhaltbare Zustände auf öffentlichen Parkplätzen der Gemeinde Emmen

Per 1. Januar 2012 wird das Parkieren auf öffentlichem Grund in Emmen gemäss neuem Reglement zeitlich beschränkt und gebührenpflichtig. Die Forderungen der Postulanten sind damit umgesetzt.

61/08 Motion Andreas Kappeler, Luzius Hafen und Monique Frey namens der SP/Grüne Fraktion vom 2. Dezember 2008 betreffend Erhöhung der Verkehrssicherheit an neuralgischen Abschnitten durch Shared Space

Wie in der Beantwortung der Motion 61/08 mitgeteilt, ist der Gemeinderat bereit, zum gegebenen Zeitpunkt die Überlegungen von „Shared Space“ in die Evaluation bei Sanierungen von Strassenabschnitten mit zu berücksichtigen. Die erst kürzlich realisierten Sanierungen wie die Kirchfeldstrasse und die Bahnhofstrasse eigneten sich nicht für die „Shared Space“- Idee. Gemäss Beantwortung der Interpellation 15/10 wird sich auch bei der Kreuzung Rüeggisingerstrasse beim Gersag in absehbarer Zukunft nichts ändern. Die Direktion Bau und Umwelt bezieht die Konzepte rund um Shared Space bei allen Verkehrsplanungen in die Machbarkeitsanalyse für „Best Praxis“ mit ein und sieht dies als ihre ständige Aufgabe.

38/09 Postulat Markus Nideröst, Thomas Bühler, Thomas Lehmann und Thomas Barbana namens der FDP Fraktion vom 18. Juli 2009 betreffend Risk Management

Kürzlich hat die Direktion Finanzen und Personelles eine Zusammenstellung aller Massnahmen im Bereich betriebliches und finanzielles Controlling und Risk Management zuhanden des Regierungsstatthalters gemacht. Eine ähnliche Zusammenstellung wird auch für den Bereich Sicherheit gemacht. Die einzelnen Bereiche werden laufend überprüft und optimiert. Der Gemeinderat ist der Meinung, den Anliegen des Postulats damit genügend Rechnung zu tragen.

63/09 Dringliche Motion Roland Ottiger namens der SVP Fraktion, Andreas Kappeler namens der SP/Grüne Fraktion, Ernst Widmer, Pius Gloggner, Markus Nideröst und Hansruedi Schumacher vom 13. November 2009 betreffend Parkplatzreglement

Per 1. Januar 2012 wird das Parkieren auf öffentlichem Grund in Emmen gemäss neuem Reglement zeitlich beschränkt und gebührenpflichtig. Die Forderungen der Postulanten sind damit umgesetzt.

**69/09 Motion Christian Blunschli namens der CVP/JCVP Fraktion vom 14. Dezember 2009
betreffend gesetzliche Grundlage für die Rückerstattung von Konzessionsgebühren**

Derzeit laufen keine Rückerstattungen. Es sind auch keine Gesuche hängig. Bevor es zu neuen Rückerstattungen kommt, wird der Gemeinderat ein Reglement erarbeiten und dieses dem Einwohnerrat vorlegen. Die Klärung der politischen Ausgangslage ist ebenfalls abzuwarten. Die IGEL-Strominitiative verlangt die Abschaffung der Konzessionsgebühren. Über sie ist 2012 abzustimmen. Auch auf Bundesebene sind die Konzessionsgebühren in der Revision des StromVG ein Thema.

**08/10 Postulat Tobias Käch und Mitunterzeichnende namens der CVP/JCVP Fraktion vom
14. Januar 2010 betreffend Salzsole zur Strassenenteisung**

Im Dezember 2011 wurde die Anschaffung eines neuen Kommunalfahrzeuges notwendig, welches auch mit einem neuartigen Aufbau für den Winterdienst ausgerüstet ist. Dieser neuartige Aufbau ermöglicht den Einsatz von Salzsole für das sogenannte „Nasssalzen“ zur Enteisung der Strassen. (ca. 25 % weniger Salzbedarf als beim Trockensalzen) Im Winter 2011/2012 wird das neue System Nasssalzen eingesetzt und die Wirkung anschliessend ausgewertet. Auf Winter 2012/2013 ist die Beschaffung eines weiteren Aufbaus zum Nasssalzen vorgesehen. Im Vorfeld durchgeführte Untersuchungen und Feldversuche zeigten, dass der Einsatz von reiner Salzsole (Flüssigsalzen) für unsere Höhenlagen nicht geeignet ist und dass mit Nasssalzen die besseren Resultate erzielt werden. Deswegen ist aus unserer Sicht die Verwendung von reiner Salzsole bis auf weiteres nicht zu empfehlen und dementsprechend nicht vorgesehen.

**18/10 Postulat Ruth Heimo-Diem und Mitunterzeichnende namens der BVK vom 9. März
2010 betreffend jährlicher Berichterstattung über das ÖV-Konzept**

Die ÖV-Kommission ist gegründet, besteht aus 9 Mitgliedern und die erste Sitzung erfolgte am Montag, 20. Juni 2011.

**19/10 Postulat Rolf Schmid namens der CVP Fraktion und Susanne Bühlmann namens der
FDP Fraktion vom 8. März 2010 betreffend Basisstufe Rüeggisingen**

Das Volksschulbildungsgesetz (VBG) vom 24. Januar 2011 ist am 15. Mai 2011 von der Stimmbevölkerung angenommen worden und seit 1. August 2011 in Kraft:

§ 6 Übersicht

2 Der zweijährige Kindergarten und die ersten zwei Jahre der Primarschule können auch als vierjährige Basisstufe geführt werden.

Die Basisstufe Rüeggisingen wird weitergeführt, während in den anderen Emmer Primarschulkreisen aus verschiedenen Gründen (Finanzen, Infrastruktur, usw.) vorerst das freiwillige zweite Kindergartenjahr eingeführt werden soll.

26/10 Postulat Hanspeter Herger und Mitunterzeichnende namens der SP Fraktion vom 15. April 2010 betreffend Quartierstrukturen im Projekt Starke Stadtregion

Die Abklärungsphase ist abgeschlossen. Das Anliegen betreffend Stärkung der Quartierstrukturen wurde in allen Gremien breit diskutiert und als sehr wichtiges Anliegen allseits anerkannt. Die eigens für solche Themen eingesetzte Arbeitsgruppe „Weiche Faktoren“ hat Kriterien erarbeitet. Im Schlussbericht der Projektleitung ist folgende Empfehlung festgehalten: „Mit ihrer Stadtteil- und Quartierpolitik will die neue Stadtgemeinde die Lebensqualität in ihren Teilgebieten stärken und die Eigeninitiative der Bewohnerschaft fördern.“ Das Anliegen des Postulats ist erfüllt.

40/10 Postulat Reto Bieri, Fraktionschef SVP, Christian Blunsi, Fraktionschef CVP, und Thomas Bühler, Fraktionschef FDP, vom 3. September 2010 betreffend "Quo vadis Sonnenhof"

Die Caritas Luzern betreibt in der Liegenschaft Sonnenhof, Emmenbrücke, seit 1984 ein Asylzentrum. Damals hatte die Caritas einen langfristigen Mietvertrag mit der ehemaligen Grundeigentümerin, der Viscosuisse SA, abgeschlossen. Die Grundeigentümerin hat die Liegenschaft Sonnenhof im Jahre 1989 dem Kanton Luzern verkauft. Im Hinblick auf verschiedene Auflagen (längerfristiger Mietvertrag mit Caritas, mögliche Unterstellung des Gebäudes unter Denkmalschutz, grosser finanzieller Aufwand für Sanierung resp. Umbau des Gebäudes für andere Nutzung usw.) hatte der Gemeinderat Emmen damals von einem Erwerb dieser Liegenschaft abgesehen. Der Gemeinderat Emmen hat seit mehr als zehn Jahren in regelmässigen Abständen den Regierungsrat aufgefordert hat, die Liegenschaft Sonnenhof einer anderweitigen Nutzung zuzuführen. Diese Haltung hat der Gemeinderat immer auch in der Beantwortung der verschiedenen Vorstösse, welche zur Nutzung der Liegenschaft Sonnenhof eingereicht wurden, zum Ausdruck gebracht. Der Gemeinderat wird auch weiterhin beim Kanton darauf hinwirken, eine anderweitige Nutzung der Liegenschaft Sonnenhof in Erwägung zu ziehen. Gestützt auf verschiedenste Gespräche und die Vorstösse im Kantons- und Einwohnerrat hat der Regierungsrat im Dezember 2011 entschieden, dass im Asylzentrum Sonnenhof kein Ausbau der Betreuungsplätze vorgenommen wird. Der Kanton bemüht sich, Asylsuchende im gesamten Kantonsgebiet unterzubringen. Mittelfristig ist aber der Kanton weiterhin auf den Sonnenhof als Asylzentrum angewiesen. Dennoch kann der Vorstoss von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

41/10 Motion Reto Bieri und Mitunterzeichnende namens der SVP Fraktion vom 13. Oktober 2010 betreffend Sistierung des Projektes Starke Stadtregion

Mit der Einreichung der Initiative „Ja zu Fusionsverhandlungen“ und der vorgesehenen Abstimmung am 11. März 2012 über diese Initiative ist das Anliegen gegenstandslos geworden. Der Entscheid der Stimmberechtigten wird massgebend sein für das weitere Vorgehen.

32/11 Dringliches Postulat Christian Blunsi, Fraktionsvorsteher CVP Emmen vom 13. Mai 2011 betreffend Ziele und Forderungen für Kooperations- und Fusionsverhandlungen – Katalog des Gemeinderates zuhanden der Stimmberechtigten

Im Rahmen der Workshops der Begleitkommission wurde ein Katalog der Ziele und Forderungen für die Erarbeitungsphase erarbeitet. Dieser Katalog hat als Verhandlungsmandat des Gemeinderates Eingang in den Bericht und Antrag (61/11) des Gemeinderates an den Einwohnerrat und die Stimmbürgerschaft vom 19. Oktober 2011 betreffend Gemeindeinitiative „Ja zu Fusionsverhandlungen“ und betreffend Projekt Starke Stadtregion Luzern gefunden. Das Postulat ist erfüllt.

2. Auf dem Verzeichnis der unerledigten Geschäfte werden nachstehende parlamentarische Vorstösse belassen

33/01 Postulat Kurt Risi namens der FDP Fraktion vom 25. Juni 2001 betreffend verbesserte Verkehrsführung am Kreisel Sonnenplatz

Im Rahmen des kantonalen Projekts K13 Knoten-Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67) werden unter anderen auch Massnahmen am Sonnenplatz bezüglich Verstetigung Verkehrsfluss MIV, Förderung ÖV und LV ergriffen. Damit soll die Verkehrssituation am Sonnenplatz verbessert werden. Die Direktion Bau und Umwelt ist in die Projektierung mit einbezogen und wird sich für die Verbesserung der Verkehrssituation am Sonnenplatz einsetzen. Ausserdem weist er auf die Beantwortung der Motion 05/09 vom 19. August 2009 sowie die Ergänzung zu derselben vom 28. Oktober 2009 hin, in welcher die Thematik ausführlich behandelt wurde. Zurzeit arbeitet der Kanton immer noch am Bauprojekt, welches Mitte 2012 vorliegen wird. Der Gemeinderat wartet für seine weiteren Schritte die Ergebnisse des kantonalen Bauprojekts ab.

54/02 Postulat Urs Richiger namens der CVP Fraktion vom 16. Oktober 2002 betreffend Ortsbildschutz in Emmen

Im Jahre 2006 wurde ein komplettes Bauinventar über die schützens- und erhaltenswerten Gebäude der Gemeinde Emmen erstellt. Im Rahmen der Teilrevision der Ortsplanung (Arbeitsgebiete, Gefahrenzonen etc.) wird auch die rechtliche Verankerung dieses Bauinventars definiert – die Vorprüfung dieses Teils der Ortsplanung wurde bereits erstellt. Gemäss Denkmalpflegegesetz ist der Kanton zuständig für die Umsetzung des Bauinventars. Ziel ist, nach Besprechung mit der kantonalen Denkmalpflege, dieses Bauinventar verbindlich festzulegen. Dazu gehört auch einiges an Öffentlichkeitsarbeit, welche der Kanton zusammen mit der Gemeinde zu bewerkstelligen hat. Betreffend Areal Kühneweg konnte durch die Gemeinde mittels Tauschvertrag (Bericht und Antrag 62/11 an den Einwohnerrat vom 15. November 2011) ein Teil der Parzelle erworben werden. Auf der Restparzelle kann nur im Rahmen eines Gestaltungsplanes gemäss der Bau- und Zonenordnung weiter geplant werden.

20/07 Postulat Ernst Widmer, Daniel Pfister und Ruth Heimo namens der FDP Fraktion vom 21. Mai 2007 betreffend Bahnhof Luzern Nord

Im Rahmen der Planung „Masterplan Luzern Nord“, welche im Auftrage vom Kanton, der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen vorgenommen wurde, hatte die Gemeinde Emmen Einsitz im Begleitgremium. Die Gemeinde setzte sich in diesem Gremium für einen attraktiven Bahnhof Luzern Nord ein. Das Ergebnis einer Testplanung hat deutlich aufgezeigt, den Bahnhof Emmenbrücke auszuweiten, ein Busnetz an den Bahnhof anzubinden, und dazu noch einen attraktiven Vorplatz zu gestalten. Die einspurige Schienenverbindung, welche im Bereich Reussbühl ab der Bahnlinie Emmenbrücke – Luzern über die Reuss, unter der Autobahn A2 hindurch (Schlaufe), im Bereich des Friedhofs Friedental in die ausgebaute Doppelspur Luzern-Rotsee-Zug mündet, ist im Agglomerationsprogramm des Kantons Luzern (Massnahme M8.2) enthalten. Eine entsprechende Studie des Kantons liegt vor. Der Entscheid im Jahr 2009, den Tiefbahnhof Luzern anstelle der Doppelspurlösung Rotsee als erste Priorität zu planen, betrifft die Schlaufe

nur indirekt. Die Direktverbindung in die Zürichlinie bleibt als Option nach wie vor bestehen. Der Gemeinderat wird sich in allen Besprechungen und Verhandlungen mit Bund, Kanton und der SBB für die Schluafte, Schnellzugshalte in Emmenbrücke und den Ausbau des Bahnhofs Emmenbrücke im attraktiven ansonsten gut erschlossenen Entwicklungsschwerpunkt Luzern Nord einsetzen. Im Rahmen der Bearbeitung des Masterplans wurde im Bereich des Bahnhofs Emmenbrücke eine Interessenlinie festgelegt, um die Option eines späteren Ausbaus des Bahnhofs auf 4 Spuren nicht zu gefährden.

24/07 Postulat Daniel Pfister, Ruth Heimo und Paul Jäger namens der FDP Fraktion vom 3. Juli 2007 betreffend S-Bahn-Station Benziwil

Obwohl sich der Gemeinderat zum Zeitpunkt der Vorprojektierung der Haltestelle Gersag auch für eine Haltestelle Benziwil stark eingesetzt hat, fand er beim Kanton und der SBB wenig Gehör. Einhalten von Fahrplänen, die zu erwartenden Frequenzen sowie die hohen Kosten sprachen damals gegen diese Haltestelle. Im Agglomerationsprogramm des Kantons Luzern sind unter Infrastruktur und Angebot öffentlicher Verkehr neue Haltestellen vorgesehen. Der Gemeinderat wird sich, wenn es um die Priorisierung allfällig neuer Haltestellen geht, wiederum für diese Haltestelle engagieren, erachtet er doch eine solche S-Bahn Haltestelle für das ganze Quartier Benziwil als eine grosse Aufwertung und somit als Gewinn für die Gemeinde. Allerdings ist zu bemerken, dass durch den äusserst hohen Kostendruck beim öffentlichen Verkehr in mittelfristiger Zukunft nicht mit einer weiteren S-Bahn-Station in Emmenbrücke zu rechnen ist. Nach Auskunft des Verkehrsverbundes ist aus heutiger Sicht eine solche Haltestelle betrieblich nicht machbar. Es ist mit dem heutigen Fahrplan unmöglich, an dieser Stelle zusätzlich zu halten. Die Umläufe sind zu knapp und die Wendezeiten in Sursee und Luzern zu kurz. Auch bezüglich des Erschliessungspotentials macht der Verkehrsverbund ein grosses Fragezeichen. Eine weitere S-Bahn-Haltestelle wirkt sich mit den zu tätigen baulichen Investitionen und dem Betrieb natürlich auch finanziell beträchtlich auf den ÖV Emmen aus. Würde Emmen am Bau entgegen z.B. der SBB oder des Verkehrsverbundes Luzern festhalten, müsste die Gemeinde die gesamten Investitionskosten tragen, da die Haltestelle vollständig auf Emmer Gebiet liegt. Sicher aber würde sich der finanzielle Anteil der Gemeinde aufgrund der zusätzlichen ca. 90'000 Haltestellenabfahrten erhöhen.

46/07 Postulat Eugen Bütler, Andreas Kappeler und Luzius Hafen namens der SP/Grüne Fraktion vom 29. Oktober 2007 betreffend Ressourcenoptimierter Betrieb

Das Energiestadt-Label ist nach wie vor in Erarbeitung. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen sowie beschränkter finanziellen Mitteln musste auf die Zertifizierung im Jahr 2010 und 2011 verzichtet werden. Zwischenzeitlich konnten die fehlenden Arbeiten unter dem Aspekt der nur sehr beschränkt vorhandenen finanziellen Mittel getätigt werden. Die Zertifizierung ist neu auf Mitte Juni 2012 geplant und auch so beim Verein Energiestadt angemeldet.

48/07 Motion Nadia Schulze und Mitunterzeichnende namens der CVP Fraktion vom 29. Oktober 2007 betreffend Verkehrsaufkommen Erlenstrasse

Die Motion wurde am 18. November 2008 teilweise entgegengenommen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern für Massnahmen zur Reduktion des Durchgangs- und Schleichverkehrs auf der Erlenstrasse

sieht der Gemeinderat als ständige Aufgabe. Mit der Sanierung der dritten und letzten Etappe der Erlenstrasse im Bereich Einmündung Schulhaus Erlen bis Erlenkappelle (Bericht und Antrag 47/11 am 20. September 2011 vom Einwohnerrat gutgeheissen) im Jahr 2012 sind auch diverse Verkehrsberuhigungsmassnahmen vorgesehen, welche sich positiv auf das Verkehrsaufkommen und im speziellen auf den Durchgangsverkehr auswirken werden.

19/08 Postulat Monique Frey und Luzius Hafen namens der SP/Grüne Fraktion vom 5. März 2008 betreffend interkultureller Beirat

Der Gemeinderat hat die Forderung nach Schaffung eines interkulturellen Beirates abgelehnt, weil die Integration in den Regelstrukturen erfolgen muss. Der Gemeinderat hat jedoch erklärt, dem Anliegen der Postulanten durch den Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern in die bestehenden Kommissionen und Projektgruppen Rechnung zu tragen. Die Neuwahl und –besetzung aller gemeinderätlichen Kommissionen erfolgt erst nach den Gemeindewahlen im Herbst 2012. Es wird dannzumal auch eine Aufgabe der Parteien und Institutionen sein, ob sie das Anliegen des Postulates umsetzen wollen. Es wird darum gehen, dass bei der Neubesetzung der gemeinderätlichen Kommissionen auch Ausländerinnen und Ausländer von Parteien für die Kommissionen gemeldet werden.

24/08 Postulat Paul Jäger und MitunterzeichnerIn vom 18. März 2008 betreffend Einführung eines Lastwagenverkehrsleitsystems in Emmen

In der Botschaft des Regierungsrates an den Kantonsrat über einen Sonderkredit für die Planung des Projekts K13 Knoten Emmen-Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg, ist auch ein Projekt für ein Verkehrsleitsystem vorgesehen. Ein Verkehrsmanagement-Konzept für die Achse Luzern-Rothenburg bildet den übergeordneten Bezugsrahmen für die baulichen Massnahmen der verschiedenen Einzelprojekte. Damit wird das Strassenverkehrssystem betrieblich gesteuert, so dass zusammen mit den neuen Infrastrukturmassnahmen eine möglichst hohe Leistung und Sicherheit des Gesamtverkehrssystems gewährleistet ist. Die Direktion Bau und Umwelt der Gemeinde Emmen ist in die Entwicklung dieses Verkehrsleitsystems miteingebunden.

64/08 Dringliche Motion Thomas Lehmann namens der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission und der Bau- und Verkehrskommission vom 12. Dezember 2008 betreffend Abfallgebührenreglement

Es war geplant, nach Aufhebung des Reglements über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Emmen die Kehrichtgrundgebühren im Anhang der Abfallverordnung des Gemeindeverbands REAL (Recycling Entsorgung Abwasser Luzern) festzuhalten. Aus unterschiedlichen Gründen kann die neue Regelung nicht wie vorgesehen im Anhang der Abfallverordnung des Gemeindeverbands REAL erfolgen. Es braucht nach wie vor ein gemeindeeigenes Reglement. Dieses wird nach heutiger Planung dem Einwohnerrat am 20. März 2012 zur 1. Lesung vorgelegt.

05/09 Motion Hansruedi Schumacher namens der FDP Fraktion vom 9. Februar 2009 betreffend weniger Stau: Gersagstrasse - Sonnenplatz

Eine Ausweitung zu einer vollwertigen zweiten Spur bei der Einfahrt der Gersagstrasse in den Sonnenplatzkreislauf wird massiv erschwert, da letztes Jahr 30 Parkplätze auf dem Grundstück Nr. 99 zwischen der Gerliswilstrasse und der Gersagstrasse unterhalb des Restaurants Adler dazugekommen sind. Durch die nun insgesamt ca. 90 Parkplätze, welche durch die Gersagstrasse erschlossen sind, ist eine genügende Länge der bestehenden Abbiegespur vom Sonnenplatz her notwendig um einen Rückstau in den Sonnenplatz zu verhindern. Eine Abbiegespur auf der Gersagstrasse in den Sonnenplatz mit Raum für nur 2 Personenwagen ist kritisch. Die konkrete Machbarkeit wird im Rahmen des Bauprojekts Sonnenplatz des Kantons eingehend beurteilt. Zurzeit arbeitet der Kanton immer noch am Bauprojekt, welches Mitte 2012 vorliegen wird. Der Gemeinderat wartet für seine weiteren Schritte die Ergebnisse des kantonalen Bauprojekts ab.

07/09 Motion Andreas Kappeler und Mitunterzeichnende vom 10. Februar 2009 betreffend Pfortneranlage für die Einfahrt in die Gemeinde Emmen

Ein Verkehrsmanagement und Betriebskonzept Luzern Nord ist Bestandteil des kantonalen Projekts K13 Knoten Emmen/Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67). Damit soll der Verkehrsfluss insgesamt verbessert werden. Pfortneranlagen können als eine von vielen Massnahmen zur Zielerreichung mithelfen. Die Direktion Bau und Umwelt ist in die Projektierung mit einbezogen und wird sich für die Verbesserung der Verkehrssituation und einen steten Verkehrsfluss auf unserem Gemeindegebiet einsetzen.

08/09 Motion Monique Frey, Andreas Kappeler und Melanie Baumberger namens der SP/Grüne Fraktion vom 10. Februar 2010 betreffend einen zweijährigen Kindergartenbesuch

Das Volksschulbildungsgesetz (VBG) vom 24. Januar 2011 ist am 15. Mai 2011 von der Stimmbevölkerung angenommen worden. Gemäss VBG § 12 ergibt sich in Bezug auf den früheren Eintritt in den Kindergarten ein verstärktes Elternrecht. Dieses gilt bereits auf den Schuljahresbeginn 2012/13. Dessen Auswirkungen auf die Abteilungsplanung für das Schuljahr 2012/13 und folgende sind nicht einfach abzuschätzen. Früher eintretende Kinder treten in der Regel nach dem Kindergartenjahr in die 1. Klasse der Primarschule ein.

Das VBG lautet seit 1. August 2011 wie folgt:

§ 12 Schuleintritt

- 1 Kinder, die vor dem 1. November das 5. Altersjahr vollenden, haben im Schuljahr, welches am 1. August des gleichen Jahres beginnt, den Kindergarten zu besuchen.
- 2 Die Erziehungsberechtigten können jüngere Kinder in den Kindergarten schicken, sofern diese die Anforderungen erfüllen.
- 3 Die Erziehungsberechtigten können nicht schulfähige Kinder nach einem Gespräch mit der Schulleitung um höchstens ein Jahr vom Kindertageneintritt zurückstellen.
- 4 Die Schulleitung entscheidet über den Eintritt in die Primarschule, sofern sich die Kindergartenlehrperson und die Erziehungsberechtigten nicht einig sind.

§ 67 Übergangsbestimmungen

5 Die Gemeinden haben das zweijährige Kindergartenangebot innert fünf Jahren seit Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes vom 24. Januar 2011 zu realisieren.

Anlässlich der Gemeinderatsklausur vom 8./9. Juni 2011 ist der Gemeinderat von der Direktion Schule und Sport über die Konsequenzen aus dem neuen VBG informiert worden. Seitens Volksschule wurde aus pädagogischer Sicht die Einführung des Zweijahreskindergartens auf das Schuljahr 2013/14 vorgeschlagen. Mögliche Vorgehensweisen betreffend freiwilliges zweites Kindergartenjahr wurden erörtert. Der Gemeinderat hat am 9. Juni 2011 die Direktion Schule und Sport beauftragt, einen entsprechenden Planungsbericht zu erarbeiten. Dieser wurde am 24. August 2011 dem Gemeinderat und der Bildungskommission zur Diskussion vorgelegt. Da sich gleichzeitig der grosse Spardruck und die „Stabilisierungs“-Forderung des Einwohnerrats abzeichneten, hat der Gemeinderat entschieden, den B+A Zweijahreskindergarten nicht wie ursprünglich auf der Agenda des Einwohnerrates geplant im September 2011 ins Parlament zu bringen. Die Fraktionschefs sind entsprechend informiert worden. Im Hinblick auf die Aufgabenüberprüfung und den BAFIP 2013-2017, wie auch im Zusammenhang mit dem anstehenden nächsten Schulraumplanungsbericht muss die Umstellung auf den Zweijahreskindergarten wieder thematisiert und in die Finanz- und Infrastrukturplanung aufgenommen werden. Späteste Umsetzungsfrist gemäss VBG § 67 ist das Schuljahr 2016/17.

18/09 Postulat Tobias Käch, Edi Scherer und Christian Blunschli namens der JCVP/CVP Fraktion vom 31. März 2009 betreffend Attraktivierung der Gerliswilstrasse

Bestandteil des kantonalen Projekts K13 Knoten Emmen/Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67) ist auch der Abschnitt Gerliswilstrasse. Eine Begleitgruppe Gerliswil, bestehend aus Vertretern der Verwaltungen von Emmen und des Kantons, Gewerbe, Politik und Quartieren diskutierte und erarbeitete Vorschläge zu Handen der Vorprüfung des Strassenprojekts, welche Ausrichtung die Gerliswilstrasse künftig einnehmen soll und mit welchen Massnahmen dies erreicht werden kann. Diese Vorschläge sind weitgehend ins Bauprojekt eingeflossen. Zurzeit arbeitet der Kanton immer noch am Bauprojekt, welches Mitte 2012 vorliegen wird. Der Gemeinderat wartet für seine weiteren Schritte die Ergebnisse des kantonalen Bauprojekts ab.

34/09 Postulat Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 3. Juli 2009 betreffend Erhalt der provisorischen Einfahrt (Rampe) in die Autobahn A14 Emmen beim Anschluss Grüblischachen nach Luzern

Im Rahmen der der Autobahnerneuerung City-Ring wurden Gespräche über den Erhalt der provisorischen Einfahrtsrampe geführt. Seitens des Bundesamts für Strassen ASTRA wurde zugesichert, dass die provisorische Einfahrtsrampe bis Abschluss der Arbeiten am City-Ring bis Ende 2013 bestehen bleibt. Eine definitive Lösung ist nicht vorgesehen und muss bezüglich Machbarkeit insbesondere in Bezug auf die Verkehrssicherheit (Abstände, Radien, Einfahrtslänge, etc.) geprüft und beantragt werden. Die zweite Forderung bezüglich einer möglichen Bus-Schnellverbindung Emmen-Dorf über den Anschluss Grüblischachen direkt nach Luzern ist soweit in keinem ÖV-Konzept vorgesehen. Im Rahmen des fortführen-

den Agglomobil-Projekts ist der Verkehrsverbund daran, das ganze ÖV-Konzept im Verbundsgebiet zu überprüfen und Tangential- und weitere Verbindungen abzuklären.

36/09 Postulat Monique Frey und Mitunterzeichnende namens der SP/Grüne Fraktion vom 7. Juli 2009 betreffend Abfallkonzept bei Anlässen auf öffentlichem Grund in Emmen

Aufgrund der anstehenden Übergabe der Abfallbewirtschaftung an REAL Recycling Entsorgung Abwasser Luzern und der damit verbundenen Überarbeitung der reglementarischen Grundlagen erschien es sinnvoll, mit der Erarbeitung der notwendigen Dokumente zuzuwarten. Sobald alle diese Arbeiten abgeschlossen sind (ca. Frühling 2012) werden die betreffenden Dokumente definitiv erstellt werden.

49/09 Postulat Thomas Barbana namens der FDP Fraktion vom 29. August 2009 betreffend der Anschluss Emmen Nord soll ein Vollanschluss bleiben

Mit Brief vom 19. April 2010 teilte der Gemeinderat dem Bundesamt für Strassen ASTRA das Anliegen der Postulanten mit. Mit Brief vom 26. Mai 2010 teilte uns das ASTRA folgendes mit: „Das ASTRA ist verpflichtet, nach Abschluss dieser Teilprojekte, das heisst, wenn alle baulichen Voraussetzungen für das neue Verkehrsregime gegeben sind, den Anschluss Emmen Nord gemäss den Vorgaben der Plangenehmigung für den Verkehr aus und in Richtung Sursee zu schliessen. Die Wirksamkeit werden wir mit Verkehrserhebungen im Sinne eines Monitorings überwachen. Der Verlagerungserfolg, welcher insbesondere eine signifikante Entlastung des Verkehrs im Sprengbereich und im Dorfkern Rothenburg bringen soll, wird somit im Jahr 2013 eingehend überprüft und dokumentiert. Mit der baulichen Umgestaltung des Anschlusses Emmen Nord soll dann ca. Mitte 2014 begonnen werden. Ein Hauptargument für das Eintreten des Bundes und schlussendlich für die Genehmigung des generellen Projekts des Anschlusses Rothenburg durch den Bundesrat war die Eliminierung des Rückstaus auf die A2-Stammachse durch die Entlastung des Anschlusses Emmen-Nord. Durch den „Rückbau“ zum Halbanschluss fallen störende Verkehrsbeziehungen weg, was einen besseren Verkehrsablauf ermöglicht. Zudem entspricht die heutige Autobahneinfahrt in Richtung Nord in geometrischer Hinsicht nicht den Normen und birgt ein erhöhtes Unfallrisiko. Die Umgestaltung zum Halbanschluss hat die Beteiligung des Bundes beim Anschluss Rothenburg erst begründet. Das ASTRA ist somit verpflichtet, das Projekt in allen seinen Teilprojekten, wie genehmigt, umzusetzen. Falls die Gemeinden Emmen und Rothenburg mit Unterstützung des Kantons Luzern an der Erhaltung bzw. späteren Wiedererstellung des Vollanschlusses Emmen Nord festhalten wollen, würde dies auf jeden Fall ein neues generelles Projekt nach Nationalstrassenrecht bedingen, das wiederum durch den Bundesrat zu genehmigen wäre. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse wäre dieses neue Projekt für die Nationalstrasse kontraproduktiv und würde auch ein Rückkommen auf die Höhe der Kostenbeteiligung des Bundes am Anschluss Rothenburg nach sich ziehen“. Am 31. Oktober 2011 wurden der Begleitkommission die weiteren Schritte des ASTRA präsentiert und das weitere Vorgehen diskutiert. Sicher ist, dass bis Dezember 2012 der Vollanschluss in Betrieb bleibt, dies auch mit Rücksichtnahme auf die verkehrlichen Beeinträchtigungen der A2-City-Ring Sanierungsarbeiten. Es ist geplant, ab Januar 2013 den Halbanschluss in Betrieb zu nehmen. Die Daten der Verkehrsströme werden sowohl beim Vollanschluss wie auch Halbanschluss mittels Verkehrsmonitoring bis Ende 2013 erfasst und ausgewertet sein. Falls wider Erwarten das Verkehrsmonitoring nach der Ausserbetriebnahme der Fahrbezie-

hungen Emmen-Nord aus und in Richtung Sursee bis Ende 2013 zeigen sollte, dass die Projektziele bezüglich Verkehrsverlagerung nicht erreicht wurden, wird das weitere Vorgehen in Absprache mit dem Kanton und den betroffenen Gemeinden festgelegt. Der Gemeinderat wird sich weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass der Autobahnanschluss Emmen Nord als Vollanschluss ein Thema bleibt.

66/09 Postulat Rita Amrein und Mitunterzeichnende namens der CVP Fraktion vom 13. November 2009 betreffend deutsche Sprache in den Emmer Schulen

Mit der Einführung des freiwilligen zweiten Kindergartenjahres (oder der Basisstufe) werden Lernende frühzeitig die deutsche Sprache erwerben können.

Die neue Verordnung über die Förderangebote ist zudem seit 1. August 2011 in Kraft. Für den DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) gilt:

§ 17 Pensen

1 Der DaZ-Anfangsunterricht umfasst im Kindergarten und in der Unterstufe bei 1–3 Lernenden mindestens 3 Lektionen, ab der 3. Klasse mindestens 5 Lektionen pro Woche. Ab einer Gruppengrösse von 4 Lernenden wird pro Kind eine zusätzliche Lektion eingesetzt.

2 Der DaZ-Aufbauunterricht umfasst bei 1–3 Lernenden mindestens 2 Lektionen pro Woche. Ab einer Gruppengrösse von 4 Lernenden wird pro Kind eine zusätzliche Lektion eingesetzt.

Die Frühförderung in den Spielgruppen, die Deutschkurse für Migrantinnen, eine gezielte Sprachförderung ab Kindergartenentrtritt, Leseförderung und andere Massnahmen tragen dazu bei, Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, rechtzeitig und gut beim Deutscherwerb zu unterstützen.

71/09 Interpellation Ernst Widmer und Thomas Bühler namens der FDP Fraktion vom 17. Dezember 2009 betreffend Strompreis-Verhandlungen mit der CKW

Wurde entgegengenommen und ist in Bearbeitung.

33/10 Postulat Reto Bieri namens der SVP Fraktion vom 12. Juli 2010 betreffend „Public Parc“

Wie in der Beantwortung des Postulates beschrieben, liegt der zurzeit machbarste und sinnvollste Standort für einen Stadtpark im heutigen Monosuisse-Areal entlang der Kleinen Emme. Das Siegerprojekt des städtebaulichen Studienauftrags, welches am 6. Januar 2012 einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sieht für die Transformation des Areals von einer reinen Industriezone in eine gemischte Zone Wohnen und Arbeiten auch einen respektablen Stadtpark vor. Zudem ergeben sich durch die dynamische Entwicklung der Gebiete in unserer Gemeinde neue Möglichkeiten und neue Chancen, wie von den Postulanten gefordert, Plätze und Pärke in Zusammenarbeit mit den Bauwilligen und Grundeigentümern zu realisieren.

55/10 Dringliche Motion Thomas Bühler namens der FDP Fraktion vom 16. November 2010 betreffend Entlastungspaket

Wurde teilweise entgegengenommen und ist in Bearbeitung.

56/10 Motion Werner Gloggner namens der SVP Fraktion vom 16. November 2010 betreffend Einhaltung der Finanzkennzahlen

Wurde teilweise entgegengenommen und ist in Bearbeitung.

58/10 Motion Tobias Hunkeler namens der SVP Fraktion vom 9. Dezember 2010 betreffend Konkretisierung der Nutzungszuweisung des Asylzentrums Sonnenhof im Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Emmen

Mit Schreiben vom 22. November 2011 sicherte der Regierungsrat der Gemeinde Emmen zu, im Asylzentrum Sonnenhof die bisherige Sollaustattung von 120 Asylsuchenden beizubehalten. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2011 teilte der Gemeinderat dem Regierungsrat mit, dass er nun die notwendigen Schritte unternehmen wird, um die bisherige Sollaustattung im Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Emmen zu verankern. Sie wird voraussichtlich am 20. März 2012 mittels Teilrevision des Bau- und Zonenreglements dem Einwohnerrat zur 1. Lesung vorgelegt.

09/11 Motion Tobias Käch und Mitunterzeichnende namens der JCVP/CVP Fraktion vom 12. Januar 2011 betreffend Audio - Einwohnerratsprotokoll

Das Anliegen wird im Rahmen einer Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates im Frühjahr 2012 behandelt und dem Einwohnerrat wiederum zum Entscheid vorgelegt.

11/11 Dringliches Postulat Rita Amrein und Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 4. Februar 2011 betreffend Ausarbeitung eines Konzepts zur Förderung des gehobenen Wohnens in der Gemeinde Emmen

Die Forderungen der Postulanten werden im Rahmen des Siedlungsleitbildes, für welches bereits die ersten Schritte in die Wege geleitet wurden, erarbeitet und diskutiert.

24/11 Motion René Gmür, Rita Amrein und Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 22. März 2011 betreffend Rahmenbedingungen bei Neueinzonungen von Bauland

Die Forderungen der Motionäre sind in Bearbeitung und werden voraussichtlich am 20. März 2012 mittels Teilrevision des Bau- und Zonenreglements dem Einwohnerrat zur 1. Lesung vorgelegt.

28/11 Postulat Ruth Heimo namens der FDP Fraktion vom 15. April 2011 betreffend Militärflugplatz Emmen nach einer allfälligen Fusion

Wurde am 15. November 2011 entgegengenommen und in Auftrag gegeben.

30/11 Postulat Thomas Bühler namens der FDP Fraktion vom 15. April 2011 betreffend Businessplan für das Szenario

Wurde am 15. November 2011 entgegengenommen und in Auftrag gegeben.

39/11 Postulat Benedikt Schneider und Tobias Käch namens der CVP Fraktion und Markus Nideröst (FDP) vom 9. Juni 2011 betreffend Erweiterung bzw. Vergrösserung des Velounterstandes sowie die Verbesserung der Ordnung und Sauberkeit rund um den Velounterstand beim Bahnhof Emmenbrücke

Die Realisierung des Velounterstandes wird gemäss den Projektierungsarbeiten und den entsprechenden Verfahrensfortschritten bis Ende Frühling 2012 erfolgen.

51/11 Dringlich Motion Thomas Lehmann namens der R+GPK vom 14. September 2011 betreffend Überprüfung des Aufgabenkataloges der Gemeinde Emmen mit Aufführung der gebunden und nicht gebundenen Ausgaben

Wurde entgegengenommen und ist in Bearbeitung.

52/11 Dringliche Motion Thomas Barbana und Ruth Heimo namens der FDP Fraktion 15. September 2011 betreffend Planung der Umfahrung Emmen Dorf

Um das Trasse für eine Realisierung dieser Umfahrungsstrasse zu sichern, wird die bereits vorhandene Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit dem Kanton im Jahr 2012 konkretisiert. Zur Sicherung des Trassees soll 2013 eine Strassenbaulinie oder ein Freihaltebereich im Zonenplan festgelegt werden. Auch soll im Siedlungsleitbild der Freihaltebereich für eine Umfahrung Emmen aufgezeigt werden.

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir ersuchen Sie, von unserem Bericht Kenntnis zu nehmen und den beantragten Abschreibungen gemäss Ziffer 1 zuzustimmen.

Emmenbrücke, 11. Januar 2012

Für den Gemeinderat

Dr. Thomas Willi
Gemeindepräsident

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber